

Pflegeangebot für Schwerkranke erweitern

PALLIATIVE CARE Fast drei Viertel der Bevölkerung möchten zu Hause sterben. Trotzdem werden gegen 40 Prozent am Lebensende notfallmässig in ein Spital eingewiesen. Spezialisierte Careteams wie Onko Plus pflegen die Patienten im Unterland in ihrer gewohnten Umgebung und unterstützen die Angehörigen.

Ambulant vor stationär lautet die Devise im Gesundheitswesen. Das gilt auch für unheilbar kranke Menschen. Viele von ihnen ziehen es vor, in ihrer gewohnten Umgebung zu sterben und nicht in einer Pflegeeinrichtung. Um die entsprechende Betreuung zu gewährleisten, haben sich fünf Teams zum Verband spezialisierter Palliative-Care-Leistungserbringer (Spac) zusammengeschlossen. Die Stiftung für mobile spezialisierte Palliativ- und Onkologiepflege, Onko Plus, ist für die Gemeinden im Zürcher Unterland zuständig.

Ihre Organisation definiert Geschäftsleiterin Iona Schmidt als Spital auf Rädern. «Wir gehen zu den Leuten nach Hause und sind rund um die Uhr für sie erreichbar», erklärt sie. «Unser Dienst entlastet die Gemeinden. Sie können eine solche Dienstleistung für todkranke Patienten nicht kostendeckend erbringen.» Sie betont jedoch auch, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der Spitex ist. «Wir sind gegenseitig auf den Informationsaustausch angewiesen.» Oft litten die Patientinnen und Patienten unter starken Schmerzen, und Atemnot sei ein grosses Problem. «Bei komplexen Krankheitsbildern können sich die Symptome rasch verändern.» Das führe bei pflegenden Angehörigen zu Unsicherheiten. Deshalb kümmern sich die Leute von Onko Plus auch um die Familie der Schwerkranken. Diese sei zudem mit dem endgültigen Abschied konfrontiert. «Das ist eine anspruchsvolle Situation für alle Beteiligten.»

Weniger Spitalaufenthalte

Im Einzelfall kostet zwar die Palliative Care mehr als ein Spitex-Einsatz. Mit der spezialisierten ambulanten Pflege werde dennoch Geld gespart, erklärt Sabine Arnold, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit bei Onko Plus. Studien zeigten, dass der Einsatz die Spitalaufenthalte am Lebensende um fast die Hälfte reduziert. Für die Spitalpflege kommt

der Kanton auf, die Kosten für die ambulante Pflege müssen die Gemeinden übernehmen.

Der Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV) hat im April 2016 eine Empfehlung für die Gemeinden abgegeben, in Zukunft sowohl bei der ambulanten als auch der stationären Pflegeversorgung den gleichen Kostenschlüssel anzuwenden. Die mobile Palliative-Care-Versorgung wird als Beispiel genannt, den Leistungsbezügern den ambulanten Weg zu ermöglichen. Der Rümlanger Gemeindepräsident Thomas Hardegger ist Mitglied des leitenden Ausschusses des GPV. «Die Erfahrungen aus dem Zürcher Oberland, wo sich die Gemeinden fast flächendeckend dem Spac angeschlossen haben, zeigen, dass seither weniger Leute zum Sterben ins Spital gehen», sagt er.

Persönlich ist er der Meinung, dass dem Wunsch Betroffener nach Betreuung zu Hause bis zuletzt entsprochen werden sollte. Er spüre in der Bevölkerung eine grosse Akzeptanz für die Leistungen von Onko Plus trotz höherer Pflegekosten. «Rümlang hat sich jetzt ebenfalls für den Vertrag mit Spac entschieden», gibt der Gemeindepräsident bekannt.

Regensdorf war eine der ersten Gemeinden, die den Leistungsvertrag mit Onko Plus unterzeichnet haben. Die Erfahrungen sind gemäss Martina Ernst, Leiterin Gesellschaft und Gesundheit, durchwegs positiv. «Die Klienten haben ein Anrecht auf eine optimale Betreuung. Das ist der Job der Gemeinde», sagt sie. Zusammen mit der regionalen Spitex könne Onko Plus das gewährleisten. «Es braucht beide Organisationen. Sie ergänzen sich gegenseitig und stehen nicht in Konkurrenz zueinander, das ist das Wichtigste.» Andreas Reiser, Leiter Spitex Regensdorf, sagt: «Wenn wir Unterstützung bei der ambulanten Pflege brauchen, weiss Onko Plus bereits Bescheid über den Gesundheitszustand des Klienten.» Für die Ver-



Amira Spahic überprüft als Mitarbeiterin von Onko Plus bei einer Patientin die Darmtätigkeit.

Sabine Rock

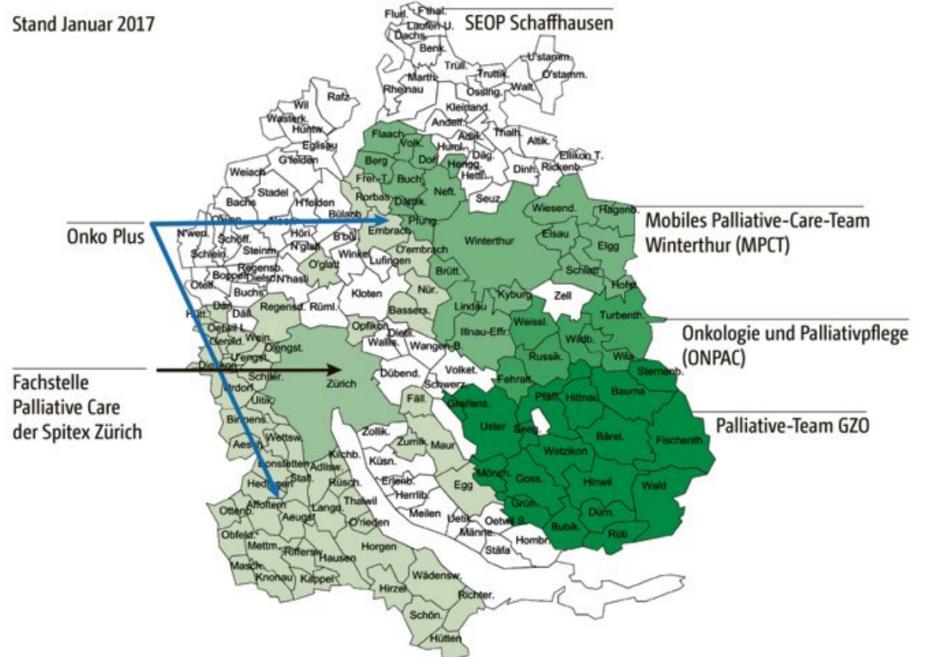
breichung von Schmerzmitteln zum Beispiel seien diese Fachleute informiert. Reiser ist selber onkologisch ausgebildet und hat Erfahrung mit Palliative Care. Er kennt die Grenzen der regionalen Spitex und befürwortet die Vernetzung mit Onko Plus.

Weitere Zusagen erwartet

Der regionalen Arbeitsgruppe Zukunftsplanung Alter (Raza) gehören die Stadt Bülach und die umliegenden Gemeinden Bachenbülach, Glattfelden, Hochfelden, Höri und Winkel an. «Sie haben sich am 31. Januar zu einer Sitzung getroffen und stehen einer Leistungsvereinbarung mit Onko Plus positiv gegenüber», erklärt Daniel Knöpfli, Leiter Soziales und Gesundheit bei der Stadt Bülach. Jede Gemeinde entscheide unabhängig, ob sie einen solchen Vertrag unterschreibe. «Der Bülacher Stadtrat befasst sich voraussichtlich im März mit einer möglichen Vertragsunterzeichnung für Palliative Care.» Barbara Gasser

GEMEINDEN MIT KOSTENDECKENDEN VERTRÄGEN SPAC-TEAM

Stand Januar 2017



Quelle Spac, Grafik da

Für Tagesschulen wäre ein «politischer Wille» notwendig

BÜLACH Mittagstisch und Ufzgestunde obligatorisch, Frühstück und Nachmittagsbeschäftigung freiwillig. So entwirft die städtische Abteilung Bildung eine mögliche Tagesschule in Bülach.

Der Vorstoss, den der Bülacher SP-Gemeinderat Werner Oetiker im vergangenen Sommer einreichte, beschränkt sich auf einen Satz: «Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, ob und in welcher Form Tagesschulen in Bülach eingeführt werden können.»

Gestern hat der Stadtrat seine Antwort publiziert, gestützt auf den entsprechenden Bericht der Abteilung Bildung. Er kommt zum Schluss: Ja, grundsätzlich sind Tagesschulen auf der Primarstufe Bülach möglich. Gleichzeitig erachte man das Durchführen einer entsprechenden Bedarfsabklärung als «derzeit nicht sinnvoll», weil voreilig. Eine allfällige Klärung von Rahmenbedingungen, so schreibt die Behörde, könne erst dann erfolgen, wenn die Primarschule ganz offiziell den Auftrag erhalte, das Thema aktiv weiterzuverfolgen.

Nichtsdestotrotz führt der Stadtrat bereits in der Antwort aus, welche Varianten er für Bülach als realistisch einschätzt. So setzt er explizit auf das sogenannte teilgebundene Modell, wie es etwa die Stadt Uster seit dem Schuljahr 2015/2016 kennt. Dabei wäre nebst dem Unterricht auch die betreute Aufgabenzeit und ein Zvieri obligatorisch; man spricht in diesem Zusammenhang auch von definierten «Kernzeiten». Andere Betreuungsmodulare wie Frühstück, die Zeit bis zum Unterrichtsstart oder Nachmittagsprogramme wären freiwillig.

Diesem Modell steht die Idee der Ganztageschule gegenüber, wo die Schüler verbindlich über den Grossteil des Tages betreut sind; die eigentliche Schule wird hierbei mit den ausserunterrichtlichen Aktivitäten zusam-

mengeführt. Dieses Ziel verfolgt die Stadt Zürich mit einem Zeitplan bis 2025. Seit 2016 läuft ein Pilotprojekt an fünf Schulhäusern, allerdings auch erst mit einer teilgebundenen Variante.

«Mehrkosten wahrscheinlich»

Für den Stadtrat gehört das teilgebundene Modell wie auch der Beginn der Tagesschule an einem Standort – «sinnvollerweise an einem der bestehenden Primarschulstandorte» – zu den gegebenen Rahmenbedingungen für eine realistische Umsetzung. Darüber hinaus müsste die Einführung aus Sicht der Stadtregierung zwingend über eine Pilotphase erfolgen, auch weil «einige Herausforderungen zu bewältigen» wären. So seien neue Arbeits- und Lernkulturen unumgänglich, und auch Raum- und Personalfragen seien noch zu klären.

Nicht zuletzt aber geht es ums Geld. Während die öffentliche Schulbildung in der Regelschule für die Eltern kostenlos ist, sieht

man mal von den Steuern ab, ist die Nutzung von schulergänzenden Tagesstrukturen kostenpflichtig – auch bei einem teilgebundenen Tagesschulmodell. Darüber hinaus wäre die Einführung mit Investitionen für bauliche Anpassungen sowie mit wiederkehrenden Betriebskosten für Personal, Ausstattung, Administration und Buchhaltung verbunden. «Zum jetzigen Zeitpunkt können keine verlässlichen Aussagen zu den zu erwartenden Kosten gemacht werden», schreibt der Stadtrat dazu. «Es erscheint jedoch wahrscheinlich, dass die Einführung einer Tagesschule Mehrkosten verursachen würde.» Um die Auslastung der Tagesschule hoch zu halten, sei eine Reduktion des jetzigen Mittagessentartarifs «in Betracht zu ziehen».

18 Prozent am Mittagstisch

Im Sinne einer ersten Einschätzung zum Potenzial von Tagesschulkindern zieht der Stadtrat den Belegungsplan der heutigen

(fakultativen) Mittagstischangebote heran. Von den 1476 Kindern, die im November 2016 die Primarschule Bülach besuchten, haben 264 (18 Prozent) den Mittagstisch genutzt. Als «hypothetisch als Tagesschulkind in Betracht kommend» taxiert die Behörde allerdings erst ein Kind, das mindestens drei Mittagstische pro Woche in Anspruch nimmt. Diese Zahl liegt bei 124, also bei 8 Prozent. Im Fazit resümiert der Stadtrat, dass für die weitere Bearbeitung des Themas Tagesschule ein «politischer Wille» notwendig sei, allein schon «um die Anforderungen aller Beteiligten meistern zu können». Er beantragt dem Gemeinderat, das Postulat abzuschreiben.

Damit hat es nun die Bülacher Bevölkerung beziehungsweise das Stadtparlament in der Hand, sich allenfalls der entsprechenden politischen Instrumente zu bedienen, um jenen «politischen Willen», wo er denn in Bülach vorhanden ist, kundzutun. flo

Müliwegprojekt im Mai an Urne

BÜLACH Der Stadtrat von Bülach hat den Abstimmungstermin für das Asyl- und Flüchtlingszentrum Müliweg definitiv auf den Termin vom 21. Mai festgelegt. Konkret geht es um die Genehmigung eines Verpflichtungskredits in der Höhe von 7,7 Millionen Franken. Der Bülacher Gemeinderat hatte den stadträtlichen Antrag an seiner Sitzung vom 6. Februar mit 18 zu 7 Stimmen gutgeheissen; weil die Summe die Finanzbefugnisse des Parlaments übersteigt, wird das Volk an der Urne das letzte Wort haben. Beim zur Diskussion stehenden Totalunternehmerprojekt handelt es sich um einen viergeschossigen Bau mit 81 Zimmern für die Unterbringung von insgesamt 181 Personen. Das Ja an der Urne vorausgesetzt, würden die Bauarbeiten im ersten Semester 2018 beginnen. Es ist bereits der dritte Anlauf der Stadt, eine zentrale Unterkunft für Asylsuchende zu schaffen. Derzeit operiert die Gemeinde mit einer dezentralen Lösung samt Mietverträgen, Provisorien und Containern. red